

Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreigezählte Pettzeile 20 Pfennige, Todes- und Verammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfg. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Tarifliche Erziehungsarbeit. — Druckerei-Vertrauenspersonen. — Korrespondenzen (Karlsruhe, Kaufbeuren, Leipzig, Nürnberg [Schleiferberfammlung], Nürnberg, Stuttgart). — Briefkasten. — Literatur. — Anzeigen.

Beilage: Zum Antrag der Zahlstelle Nürnberg-Fürth: „Abhaltung einer süddeutschen Konferenz“. — Der bunte Rad. — Korrespondenzen (Erläuterungen [Wugsburg], Berlin III, Kassel, Chemnitz, Dresden).

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Dresden. Um die Agitation in der nächsten Zeit intensiver entfalten zu können, hat die Verwaltung beschlossen, die Bureauzeit wie folgt festzusetzen:

Das Bureau ist an den Tagen **Montag, Freitag und Sonnabend** von früh 8 bis 1 Uhr, und von 4 bis 7 Uhr nachmittags, dagegen **Sonnabends** von 5 bis 8 Uhr geöffnet. **Dienstag, Mittwoch und Donnerstag** ist von früh 8 bis 2 Uhr mittags geöffnet und bleibt dann für die fernere Zeit des Tages geschlossen. Die Meldezeit der Arbeitslosen bleibt wie bisher von 11—1 Uhr und von 5—7 Uhr und an den mittelsten Tagen hat die Meldung nur in der Zeit von 11—1 Uhr zu erfolgen. Wir ersuchen die Mitglieder, hieron Kenntnis zu nehmen, damit ihnen unnötige Wege erspart bleiben.
Der Verbandsvorstand.

Tarifliche Erziehungsarbeit.

Ein Gefühl stolzer Befriedigung bringt jedesmal in unsere Reihen, wenn die Kunde von einem neuen Tarifabschluss verbreitet wird. Nicht allein, weil durch diese Abschlüsse sich die Verhältnisse der Hilfsarbeiterschaft verbessern und ein Zustand von Ordnung in den Arbeitsbedingungen eintritt, wie er vordem nur schwer zu erreichen war, sondern weil durch die ständige Erweiterung der Tarifgemeinschaft auch das ungelernete Druckereipersonal zum mitbestimmenden Faktor — wenn auch vorläufig in bescheidenem Maße — bei der Gestaltung der gesamten Druckindustrie wird. Die Bedenken, ob auch das Hilfspersonal „tarifreif“ sein kann, sind nicht allein von Unternehmenseite geäußert worden, sondern auch unsererseits wurde die Befürchtung ausgesprochen, daß namentlich in vorgeschrittenen Druckorten die Kollegenchaft das Tarif-„Joch“ nicht sogleich erfassen wird, und von der alten Lattit der steten Benurubigung nicht so leicht lassen kann. Die Organisationsleitung hat es nun nicht an der nötigen Aufklärungsarbeit fehlen lassen, ist sie es doch überall gewesen, die sich für die strikte Durchführung der Abmachungen verbürgen mußte. Trotz dieser nicht ganz leichten Arbeit können wir heute einen Fall konstatieren, der beweist, daß ein Teil unserer Mitglieder das Wesen der Tarifgemeinschaft noch lange nicht erfährt hat, gleichzeitig aber auch die beschämende Tatsache zeitigte, daß auch bei uns das Wort Geltung hat: „Wer nicht hören will, muß fühlen!“

Den Kollegen einer der größten Berliner Zeitungsdruckereien, den Rotationsarbeiter und Falzger der „Berliner Morgenpost“ blieb es vorbehalten, ein Beispiel von Disziplinlosigkeit zu geben, wie es in der Geschichte unserer Organisation noch nicht vorgekommen ist.

Am Sonnabend, den 14. September, reichten die Vertrauensleute der genannten Abteilungen um 1/2 Uhr abends bei der Geschäftsleitung folgende Forderungen ein:

„Anfangs der Ueberstunden einen Tag vorher; Entschädigung von 0,75 Mk. für angesagte und später nicht zu leistende Ueberstunden; Gewährung einer freien Nacht alle 10 resp. 14 Tage. Das Anfangslohn beträgt 30 Mk. steigend nach einer früheren Vereinbarung bis 32 Mark.“

Die Vertrauensleute teilten der Geschäftsleitung mit, daß sie von ihren Kollegen den Auftrag hätten, die Antwort auf diese Forderungen noch am selben Abend bis 1/2 10 Uhr zu verlangen und erklärten, falls dies nicht geschehe, auch nicht dafür stehen zu können, daß das Personal nach wie vor seine Tätigkeit ausübt.

Die Geschäftsleitung wandte sich in erster Linie an den Arbeiterausschuß, die sogenannte dortige Hausorganisation, die auch durch 3 Personen vertreten, mit der Kommission der Hilfsarbeiter verhandelte. Gleichzeitig ersuchte die Firma durch telephonischen Anruf um das Erscheinen des Ortsvorsitzenden Moritz, der Zentralvorsitzenden Thiede und des Gehilfenvorsitzenden des Tariffchiedsgerichts Bucher, welchem Ersuchen, soweit dies möglich war, nachgegeben wurde, indem der Ortsvorsitzende und der Vorsitzende des Tariffchiedsgerichts zur Verhandlung erschienen. Bis dahin hatte die Geschäftsleitung die Antwort an die Vertrauensleute ausgelegt.

Bei der nun stattfindenden Verhandlung drehte es sich nicht mehr um die Forderung selbst, sondern nur um die eine Frage: **Hat das Personal das Recht, bei nicht erteilter Antwort seitens der Geschäftsleitung die Arbeit noch am selben Abend trotz Tarifvertrag und Künbigungsverhältnis zu verweigern?**

Dies mußten die Vertreter der Organisation und der Tarifgemeinschaft verneinen; die Vertreter des Arbeiterausschusses schlossen sich dieser Antwort an.

Es muß hier bemerkt werden, daß diese Forderungen sowohl, wie die Art der Durchführung nicht mit dem Organisationsvorstand besprochen war, derselbe vielmehr bei dem erstmaligen Austausch dieser Ideen seine ganze Kraft dafür einsetzte, die Kollegen vor jedem unüberlegten Schritt zurückzuhalten. Nunmehr schalteten dieselben den Vorstand überhaupt aus und erklärten, die Konsequenzen ihrer Handlungsweise allein tragen zu wollen. Bei den oben erwähnten Verhandlungen zwischen der Geschäftsleitung und den Organisationsvertretern mußten Letztere sich nicht allein davon überzeugen, daß das Vorgehen des Personals rechtswidrig, sondern auch vollkommen unsichtbar ist. Demzufolge mußte versucht werden, noch einmal zur Vernunft zu rufen. Dies geschah durch die Abfassung folgenden Aufrufes:

An die Vertrauensleute der Rotations-Nachtschicht und Falzerei z. S. der Herren Wilhelm Schulz, Kochmann und Kunert.

Durch die Geschäftsleitung der Druckerei „Berliner Morgenpost“ wurde dem Vorstand mitgeteilt, daß Forderungen beider Abteilungen bei der Geschäftsleitung eingereicht sind und von Ihrer Seite verlangt wurde, den Bescheid bis zum Abend um 1/2 10 Uhr zugestellt zu erhalten, widri-

genfalls Sie nicht dafür stehen können, daß die Arbeit geleistet würde.

Als Leiter der Organisation mache ich Sie darauf aufmerksam, daß die Organisation unter keinen Umständen derartige Forderungen unterstützen kann und daß auf keinen Fall eine Arbeitseinstellung erfolgen darf, widrigenfalls seitens der Organisation die schwersten Maßnahmen gegen die betreffenden Mitglieder getroffen werden. Ich ersuche Sie, dies zur Kenntnis der in beiden Abteilungen beschäftigten Kollegen zu bringen und Ihren Einfluß dahingehend geltend zu machen. Im übrigen erklären die Vertreter der Hausorganisation sich mit den Maßnahmen des Vorstandes einverstanden.

Berlin, den 14. September 1907.

A. Moritz. E. Bucher. Kaufm. Schindler. Sellbach.

Leider fanden diese Worte kein Gehör mehr unter den Kollegen und es wurde jeder, der von der Arbeitseinstellung abriet, ausgepöfien und niedergeschrien. Nachdem die Geschäftsleitung auf eine Anfrage der Kommission ein Eingehen auf die Forderungen unter diesen Umständen rundweg ablehnte, verließen die Kollegen um 11 Uhr nachts die Druckerei.

Es war nunmehr dem Verlag unmöglich gemacht, die Zeitung in dem vorbereiteten Umfang von 52 Seiten erscheinen zu lassen, sondern es konnten mit großer Mühe nur 4 Seiten fertiggestellt werden. Natürlich wurden die Leser von dem Sachverhalt in Kenntnis gesetzt, wobei auch der Aufruf des Vorstandes eine Rolle spielte.

Am Sonntag beschäftigte sich das Tarifamt der deutlichen Buchdrucker mit der Angelegenheit, dessen Beschlüsse uns aber unbekannt blieben. Am Montag Mittag endlich kam es zu Verhandlungen mit der Geschäftsleitung, an denen Vertreter des Tarifamtes, des Buchdruckerverbandes und unserer Organisation teilnahmen. Vorher hat sich aber ein Vorgang abgepielt, der, so beschämend er auch wirkte, doch der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden darf, weil von demselben die fernere Entwicklung des Konfliktes abhing. Am Vormittag wurde die Kommission der Anständigen vorstellig, um mitzuteilen, daß sie ihre Forderungen bis auf die Gewährung der freien Nacht rebuzieren wollen. Auf die Erwiderung der Geschäftsleitung, die Antwort hierauf dem Organisationsvorstand zugehen zu lassen, erklärte die Kommission — mit dem Vorstande nichts zu tun zu haben! Die Folge dieser Erklärung war, daß sich die verschiedenen Parteien, die zu einer Regelung zusammentraten, auf den Standpunkt stellten, hier handelt es sich nicht mehr um einen Fall Allteins, sondern um die Aufrechterhaltung der Organisationsdisziplin und mit ihr die Wahrung der geschaffenen Tarifvereinbarung. Prinzipale sowie Gehilfen waren sich einig, daß dieser Schlag pariert werden muß und den Vertretern unserer Organisation war es bitter genug, anhören zu müssen, daß diese Kreise über die Mittel bestimmen, welche geeignet sind, unsere Mitglieder zur Reize zu bringen. Es blieb ihnen auch nichts weiter zu tun übrig, als die Zahl der Erstzungen, welche geopfert werden sollten, nach Kräften zu verringern und zu verhindern, daß für diejenigen, welche entlassen werden, nicht unorganisiertes Personal, sondern Kollegen eingestellt werden. Das Ergebnis der Verhandlungen war

die Wiedereinstellung von ca. 70 pCt. der Ausständigen und zwar einzeln durch den Arbeitsnachweis. Die Besetzung der übrigen Stellen durch organisierte Kollegen ist dem Vorstande gelungen, auch ist bereits ein Teil der Nichtwiedereingestellten anderwärts untergebracht.

Dies ist in Kürze das Bild einer Arbeitsniederlegung, wie man sie in Berlin und speziell bei der Firma Ullstein & Co. nicht erwartete. Der Ausgang zeigte uns, wohin ein Tarifbruch und solche Disziplinwidrigkeiten seitens unserer Mitglieder führen. Eine kritische Würdigung des Falles und seiner Folgen erfolgt im nächsten Artikel. Inzwischen wird auch die Berliner Mitgliedschaft ihr Urteil zu fällen haben, welches wir heute nicht beeinflussen wollen. Wir erwarten aber, daß dieses Urteil ein gerechtes und unserer Organisation würdiges sein wird.

Druckerei-Vertrauenspersonen.

Eine der wichtigsten und bedeutungsvollsten Institutionen unserer Gewerkschaft dürfte die systematische Ein- und Durchführung des Vertrauenspersonensystems sein. Ist doch die häufig in unserem Verband gemachte Erfahrung die, daß unser Bestreben, die Hilfsarbeiter zu organisieren, sie dauernd dem Verbandszuführen, um die Hebung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in ideeller und materieller Hinsicht zu verwirklichen, nicht von dem Erfolg gekrönt, der eigentlich beabsichtigt und erwartet war. Oder aber, daß nach erfolgreichen Kämpfen und Handeln das Errungene in kurzer Zeit wieder verloren geht, oder die getroffenen Vereinbarungen von Seite der Unternehmer illusorisch gemacht werden. Die Ursache dieser alltäglichen Erscheinung zu ergründen ist nicht schwer. Wenn wir uns die Entwicklung unseres Verbandes betrachten, darf es nicht Wunder nehmen, daß die gewerkschaftliche Schulung, die Durchbildung des Einzelnen auf dem gewerkschaftlichen Gebiet nur langsam fortschreitet. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß in jedem Jahre eine große Zahl von Mitgliedern ein- und wieder austritt, so wird die hier und da zu Tage tretende Anfruchtbarkeit unseres bisherigen, mit Anstrengung und Eifer geführten Wirkens ohne Weiteres verständlich. Um diesen Krebschaden, die eminente Fluktuation einzubändigen, wurden in unseren Verband durch Erhöhung der Leistungen an die Mitglieder, also durch Ausbau der Unterstützungseinrichtungen, zu begegnen versucht. Man hoffte dadurch, eine bedeutende Zahl von Mitgliedern heranzuziehen und gewerkschaftlich auszubilden zu können. Die erstere Erwartung erfüllte sich, was durch das bedeutende Anwachsen unseres Verbandes zur heutigen Macht und Stärke bewiesen wird, dagegen machte die Aufklärung und gewerkschaftliche Durchbildung der Mitglieder nur langsam Fortschritte. Dies ist auch ohne weiteres daraus erklärlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß von den in einem Jahre neu eintretenden Mitgliedern zirka 100 % in demselben Jahre, also ehe sie ihre Rechte erworben haben, wieder austreten. Es fehlt den betreffenden Kollegen oder Kolleginnen offenbar an dem nötigen Ernst und der Aufklärung durch den Einzelnen. Sie lernen ihre Rechte im Verbands kaum, ihre Pflichten gegen denselben aber gar nicht kennen. Diese Erfahrung beweist uns zur Genüge, daß unsere Unterstützungs- und sonstigen Einrichtungen als Werbemittel einer bringenden notwendigen Ergänzung bedürfen, um auch die gewerkschaftliche Durchbildung der Mitglieder zu erreichen. Ein solches Mittel ist unstreitbar das Druckerei-Vertrauenspersonensystem. Dieses System ist das für die Organisation, was das System der Arbeiterausschüsse oder Geschäftskommissionen für den Unternehmer sein soll. Nicht der Arbeiter wegen sind in den größeren Druckereien oder Betrieben die Arbeiterausschüsse von den Unternehmern bestellt worden, sondern lediglich darum, um ein Bindeglied zwischen Arbeiter und Arbeitgeber herzustellen. Dieselben Gründe veranlassen und zwingen die Organisation zur Einführung des Druckereipersonensystems. Was hilft es den leitenden Personen der Verwaltungen, und wenn sie noch so sehr auf dem Posten sein mögen, um für die Mitglieder das Beste und Gute zu schaffen, wenn es ihnen an dem Notwendigsten und Wichtigsten fehlt, der Fühlung mit dem Personal der Druckereien.

Die einzelne Druckerei steht ihnen ziemlich fern und ist absolut nichts zu erfahren. Da sich niemand in den Versammlungen sehen läßt, könnte man der Meinung zuneigen, es ist alles beim Guten und nichts verbesserungsbedürftig. Dieser Meinung zu huldigen, wird sich stets als leerer Wahn erweisen. Die Kollegen und Kolleginnen erachten es in ihrer Mehrzahl nur dann geraten, sich an die Organisation resp. deren Verwaltung zu wenden, mit ihr in direkten Verkehr zu treten, wenn die Mißstände schon so tief eingegriffen sind, daß die Zustände einer dringenden Aenderung bedürfen. In diesem Falle soll der Verband ohne jeden Verzug helfend eingreifen, am liebsten eine Radikalkur vornehmen, ohne Rücksicht darauf, ob er so schnell helfen kann oder nicht. Die Vertrauenspersonen können das Verhältnis ändern. Sie können und müssen die Fühlung zwischen Druckerei und Organisation herstellen. Sie müssen den Verband den Kollegen und Kolleginnen der Druckerei näher bringen, sie müssen den Verband gleichsam in die Druckerei hineintragen. Diese den Druckerei-Vertrauenspersonen erwachsende Aufgabe setzt immerhin ein gewisses Maß von Fähigkeiten voraus. Die Vertrauenspersonen müssen ruhigen, besonnenen Wesens und lauterem Charakter sein, sie müssen durch ihr Auftreten sich die Achtung ihrer Mitarbeiter verschaffen können und sich auch in jeder Beziehung des Vertrauens unserer Organisation, die sie vertreten sollen, würdig zeigen. Alle diese Eigenschaften bedingen, daß sowohl die Verwaltung des Verbandes, wie die Verbandsmitglieder in der Druckerei, die ihre Vertrauenspersonen zu wählen haben, bei der Wahl sich des vorstehenden vergewissern. Darin ist schon des öfteren gefehlt worden, daß durch die Wahl ungeeigneter Personen die Mitgliedschaften betreffender Druckereien teilweise oder ganz eingegangen sind. Es gibt unter den Kollegen eine ganze Anzahl Befähigte, die das Amt einer Vertrauensperson annehmen könnten, sogar infolge ihres Einflusses und ihres Ansehens unter den Arbeitskollegen und beim Unternehmer diesen Posten für den Verband sehr vorteilhaft besetzen können. Solche Kollegen und Kolleginnen ziehen sich oftmals genug aus nichtigen Gründen zurück, und der Posten bleibt sehr häufig an demjenigen hängen, der ihn annimmt, weil sich kein anderer findet. Solche Kollegen oder Kolleginnen nehmen das Amt mehr oder weniger einem moralischen Zwange gehorchend an, und ist es daher nicht zu verwundern, wenn deren Tätigkeit wenige Erfolge zeitigt. Würden nun die Vorgesprungen und Beschuldigungen seitens der diese wählenden Kollegen und Kolleginnen (wie: wir werden dich in jeder Beziehung unterstützen, dir behilflich sein und deine Position in jeder Beziehung zu stärken versuchen) gehalten, ginge es noch. So betrachtet es aber ein Teil Kollegen und Kolleginnen — die selbst zu bequem waren, das Amt anzunehmen — schon als eine Gefälligkeit, wenn sie den Gewählten ihre an den Verband zu leistenden Beiträge „pünktlich“ abführen. Aber auch hiermit hat es noch sein Bewenden und wird seitens der Mitglieder noch sehr gefündigt; auch denen gebührt eine Mahnung, der gewählten Vertrauensperson das Amt nicht noch durch schlechte und unpünktliche Beitragszahlung zu erschweren. Ist es doch eine bekannte Tatsache, daß der von den Mitgliedern ausersene Vertreter von Seiten der Unternehmer mit Argusaugen beobachtet wird, darum ist auch von allen Mitgliedern zu erwarten, daß nach jeder Richtung hin die Kollegenchaft bestrebt und verpflichtet ist, ihre Vorgesprungen in die Tat umzusetzen. Tun sie das nicht, so ist die Amtsmüdigkeit der Vertrauensperson die unausbleibliche Folge, sie legt ihr Amt nieder und überläßt es ruhig einem anderen, dem es dann in gleicher Weise ergeht. Die Folge davon ist, daß die Fühlung mit der Kollegenchaft zum Schaden ihrer selbst, zum Schaden der Organisation verloren geht und eine Zerrissenheit zum Nachteil aller Platz greift. Wenn aber die Kollegenchaft einer Druckerei ihre Vertrauenspersonen anspornen und den ihr durch die Wahl auferlegten Pflichten gern und freudig nachkommen will, so kann sie es nur, wenn jeder Kollege und jede Kollegin sich ihrer Pflicht voll und ganz bewußt ist, daß sie ihre ganze Person, ihre ganze Kraft dafür einsetzen, um ein nützlich Glied in der großen

Organisation zu sein, so dienen sie ihrer selbst, sowie der Organisation und der Gesamtheit.

Im Vorstehenden habe ich mehrfach die Wahl einer Vertrauensperson gestreift, und erscheint es auch notwendig, einige Worte zur Einsetzung der Vertrauenspersonen zu schreiben. Ohne Rücksicht auf den Stand der Organisation in der einzelnen Druckerei ist die Einsetzung einer Vertrauensperson notwendig und geschieht in der Weise, daß die Kollegen und Kolleginnen in einer Druckereibesprechung einen vorschlagen und die Ortsverwaltung ihn ernannt. Die Ernennung durch die Ortsverwaltung muß deshalb erfolgen, damit nicht etwa ein Unwürdiger, gegen den nachweisbare Verzeigte in bezug auf sein Verhalten vorliegen, mit dem Amt betraut werden kann. Aber die Ernennung rechtfertigt sich auch noch aus anderen Gründen. Nicht alle Druckereien sind so organisiert, daß die Organisierten die Mehrheit bilden. In mancher Druckerei bildet sogar die Zahl der Organisierten eine kleine Minderheit. In solchen Fällen ist es fraglich, ob die Verbandsmitglieder die richtige Auswahl treffen können, weil sie so wenig miteinander in Berührung kommen. Hier wird die über genügende Kenntnis der einzelnen Personen verfügbare Ortsverwaltung eher die richtige Wahl treffen können. Wie in jedem einzelnen Falle zu handeln notwendig ist, kann nur die Erfahrung lehren. Derart ernannte Vertrauenspersonen werden allerdings nicht alle die ihnen aufstehenden Aufgaben und Funktionen erfüllen können, die werden aber wenigstens Berichterstatter des Vorstandes über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse sein und dadurch beitragen, daß der Verband nach und nach mehr Einfluß auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse und auf die der Organisation noch fernstehenden Kollegen und Kolleginnen gewinnt. Zu den wichtigsten Aufgaben der Vertrauenspersonen gehört vor allen Dingen, daß sie über allgemeine Kenntnisse der Organisation verfügen; sie müssen die Statuten des Verbandes genau kennen und in der Lage sein, jedem ihn fragenden Kollegen eine richtige Auskunft zu erteilen, die Agitation in der betreffenden Druckerei zu übernehmen und dafür zu sorgen, daß neu in den Betrieb eintretende Arbeiter und Arbeiterinnen — sofern sie dem Verband noch nicht angehören — zum Beitritt zu bewegen sind, den Verbandsmitgliedern aber ihre Rechte und Pflichten in dem Verbands einzuscharfen. Bei Werbung neuer Mitglieder ist mit Vorsicht zu verfahren. Man sucht durch Entgegenkommen bei Aufklärung über Arbeiten und Verhältnisse in der Druckerei sich das Vertrauen des neuen Kollegen oder der Kollegin zu erwerben, und erst nachdem man die Ueberzeugung erlangt hat, daß man genügend Einfluß auf den betreffenden auszuüben vermag, seinen Einfluß zu gunsten des Verbandes geltend zu machen. Es ist selbstverständlich, daß auch hierzu eine gute Beobachtungsgabe und Menschenkenntnis gehört, damit man nicht sein Vertrauen an einen Unwürdigen verschwendet und dadurch schließlich in Unannehmlichkeiten verwickelt wird. Wirksam können die Vertrauenspersonen ihre Agitation gestalten, wenn sie die Geslogheiten der Kollegen anderer Druckereien beobachten und für ihre Propaganda auszunutzen verstehen. In fast jeder Druckerei besteht ein lockerer oder strafferer Zusammenhalt unter den Kollegen, der nur darauf zurückzuführen ist, daß die Kollegen und Kolleginnen in einer Druckerei zusammen beschäftigt sind. Dieser Zusammenhalt zeitigt nicht selten gemeinsame Ausgänge, auch Zusammenkünfte und Partien werden gemacht usw. Solchen Veranstaltungen sollte die Vertrauensperson nicht ausweichen, sondern sie benutzen, um sich den Kollegen und Kolleginnen zu nähern, denen sie bei der Arbeit nicht beikommen kann. Auch hier muß vorsichtig gehandelt werden; vor allem ist das Treiben geräuschvoller Viertischpolitik und Mißachtung anderer Meinungen zu vermeiden. Auch hier empfiehlt sich der Weg der langsamen Ueberredung und Ueberzeugung, auf keinen Fall der Drauflosgehens, unbefümmert um die Anschauungen, in denen derjenige, der gewonnen werden soll, groß geworden ist. Die agitatorische Tätigkeit, wie sie von den Druckerei-Vertrauenspersonen verlangt wird, ist eine erzieherische Arbeit, die ohne Geduld und Nachsicht nicht geleistet werden kann. Neben der verbenden Tätigkeit in der Druckerei kann die Vertrauensperson ihre Agitation auch außerhalb

derselben unterstützen, indem sie der Ortsverwaltung die Absichten derjenigen, die sie trotz aller Versuche noch nicht gewinnen konnte, mitteilten. Der Einfluß einer außerhalb der Druckerei stehenden Person wirkt oftmals mehr, als alle Verehrtheit seiner Arbeitsgenossen. Um aber auch den Vertrauenspersonen das nötige Verständnis für unsere Sache zugänglich zu machen, müssen ihnen die leitenden Personen der Verwaltung vorbildlich sein und sich die Ausbildung derselben angelegen sein lassen. Allda wären in erster Linie Vertrauenspersonensitzungen, in denen eingehende Diskussionen über das Verbandsstatut, über alle örtlichen und allgemeinen Organisationsfragen, Einführung in die Arbeiterversicherungsgeetze durch Vorträge usw. kurzum alles, was dazu gehört, die Köpfe aufzuklären, besprochen wird, damit ihnen ihre Aufklärungsarbeit und oft von den Mitgliedern gewünschte Aufklärungserteilung über dies und jenes erleichtert wird. Wir müssen uns darüber klar sein, daß es gilt, die vielen Tausende neuer Mitglieder im Geiste der modernen Arbeiterbewegung zu erziehen, die im wirtschaftlichen Kampf als eine Macht zu gelten haben, als eine Macht, mit der das Unternehmertum — trotz Gründung „Selber Gewerkschaften“ usw., wie all die Blüten des Schmaragdertums heißen mögen — zu rechnen hat: Wir müssen unsere Mannschaften bilden, damit wir uns den Nachwuchs sichern, und diese Arbeit mit Lust und Liebe, mit eiserner Konsequenz und Ausdauer erfordert die Mithilfe aller, die es ehrlich mit der Organisation meinen, tut jeder in dieser Beziehung seine Pflicht, dann muß und wird die Zukunft unser sein, zum Segen der Organisation, zum Segen der Kollegenschaft.

D. Krumpfert, Dresden.

Korrespondenzen.

Karlsruhe. Unter Punkt Vereinsmitteilungen erörtert der Vorsitzende in längeren Ausführungen den Brief des Kollegen Schmidt, München, dabei betonend, daß der in Vorschlag gebrachte Sächsisch-Gautag geradezu ein Akt der Notwendigkeit sei. In der darauf folgenden Diskussion traten sämtliche Redner der Auffassung des Vorsitzenden bei. Es wurde daraufhin beschlossen, auf jeden Fall einen Delegierten zu entsenden. Den Kartellbericht erstattete in ausführlicher Weise Kollege Siegel, auch den Halbjahrsbericht des Vorstandes erstattete er ausführlich, dabei betonend, daß das verfloßene Halbjahr das arbeitsreichste und an positiven Erfolgen das beste sei. Außerdem machte der Vorsitzende noch bekannt, daß der Arbeitsnachweis jetzt eingerichtet ist, und fordert die Kollegen und Kolleginnen auf, sich bei eintretender Arbeitslosigkeit sofort im Arbeitsnachweis zu melden, es seien bereits einige Kollegen durch den Arbeitsnachweis vermittelt worden. In seinem Schlusswort gibt der Vorsitzende noch bekannt, daß der Tarif für das Steinbruckerpersonal in nächster Zeit eingerichtet ist, leider seien die vom Zentralvorstand gewünschten Flugblätter trotz mehrmaliger Erwähnung noch nicht eingetroffen. Den Kassenbericht gibt Kollege Seible in ausführlicher Weise. Auf Antrag der Revisoren wurde demselben Decharge erteilt. Der Vorsitzende sprach dem Kassierer für seine treue Pflichterfüllung den Dank der Zahlstelle aus, dabei bemerkend, daß Kollege Seible beabsichtige, aus Gesundheitsrückichten sein Amt niederzulegen. Kollege Seible bemerkte, daß es ihm leider nicht mehr möglich sei, das Amt noch länger zu bekleiden. Er bat deshalb, in der nächsten Versammlung einen neuen Kassierer zu wählen. Als Revisoren wurden gewählt die Kollegen Albert und Müller. Hierauf Schluß der mäßig besuchten Versammlung.

Kaufbeuren. Versammlung vom 14. September. Nach Verlesung und Annahme des Protokolls berichtete der Kartelldelegierte über das große Winterprogramm, welches sich sehr lehrreich und reichhaltig gestalten wird. Auch wurde vom Gewerkschaftsartell erreicht, daß im Stadttheater eine Separatvorstellung für die Arbeiterchaft stattfindet; gegeben wird „Heimat“ von Sudermann. Da der Eintrittspreis sehr minimal gestellt ist, wurde gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Weiter wurde die Abhaltung eines Familienabends mit Tanz beschlossen, zu welchem Karten im Vorverkauf zu haben sind. Der Vorsitzende verlas noch einige Briefe von der Gauerwaltung und schloß dann die Versammlung, der noch ein gemütliches Beisammensein folgte.

S. E.

Leipzig. In der am 7. September in den Vereinshallen abgehaltenen Mitgliederversammlung referierte zunächst Gen. Pleiß-Burgen über „Arbeiterversicherung“. Er führte in seinem 1½stündigen Referat ungefähr folgendes aus: Die Arbeiterversicherung sei ein Teil der sozialen Gesetzgebung, die dazu eingeführt wurde, um die arbeitende Bevölkerung über ihre traurige Lage hinwegzuführen und sie zufriedener zu machen. Wenn im Jahre 1898 der deutsche Kaiser eine Rede gehalten habe, in der er den Ausbau der sozialen Gesetzgebung versprach, so habe er leider nicht damit gerechnet, daß ihn bei diesem Beginnen das deutsche Unternehmertum nicht unterstützen werde und so sei auch bis jetzt zu bemerken, daß der Einfluß des letzteren ein größerer sei, als man glauben sollte, denn die soziale Gesetzgebung seit tatsächlich innerhalb der letzten 10 Jahre nicht vom Fleck gekommen, weil der deutsche Kapitalismus glaubt, durch den Ausbau derselben an Profit einzubüßen. Trotzdem verfuhr man dem Ausland gegenüber mit diesen Arbeiterschutzgesetzen so renommierten, habe man doch auf der Pariser Weltausstellung einen großen goldenen Delisk ausgefertigt gehabt, der darstellen sollte, wieviel Gold durch die soziale Gesetzgebung Deutschlands an die Arbeiter aus den Taschen der Unternehmer gezahlt worden ist, wiewohl jeder denkende Arbeiter weiß, daß es die Arbeiterschaft ist, die durch ihren Fleiß und den daraus erzielten Uberschuß das Unternehmertum sowie den Staat erst in die Lage versetzt, diese Summen aufbringen zu können, auch haben beim letzten Wahlkampf die Millionen eine Rolle gespielt, die man als Kranken-, Alters- oder Invalidenrente an die deutsche Arbeiterschaft gezahlt habe. Hätte man aber veröffentlicht, daß z. B. erst nach erreichtem 70. Lebensjahr man die horrende Altersrente von 35 Pfennig pro Tag erhalte, oder wieviel tausend Arbeiter sich in diese Millionen geteilt haben, dann wäre ein anderes Bild zu Tage getreten. Ferner müsse noch berücksichtigt werden, daß die sozialen Unterstüßungseinrichtungen bedeutend die Armentassen entlasteten, wodurch auch die bemittelten Klassen von ihrem dazu zu leistenden Beitrag befreit würden. Der Referent ging dann des näheren auf die Krankentassen ein, wobei er mitteilte, daß es in Deutschland allein 24 000 Orts-, Gemeinde-, Innungs-, Fabrik- und sonstige Krankentassen gebe, durch eine derartige Zersplitterung sei natürlich die Leistungsfähigkeit der einzelnen Kassen herabgemindert, leider böte auch der Staat seine Hand dazu, daß z. B. der Gründung von derartigen Kassen nichts in den Weg gelegt würde, sei es doch vorgekommen, daß Unternehmer, die ihren Verpflichtungen bei Ortskrankentassen nicht nachgekommen sind und deshalb von derselben verklagt wurden, aus Born darüber für ihre Arbeiter eigene Kassen errichteten, die auch von den zuständigen Behörden genehmigt wurden. Die beste Organisation auf dem Gebiete der Krankenerziehung seien die Ortskrankentassen, weil dieselben von den Mitgliedern selbst verwaltet würden und auf Grund ihrer teils sehr hohen Mitgliederzahl an leistungsfähigsten seien, wenn auch leider das Krankengeld nur die Hälfte des Wochenverdienstes betrage, so stehen leider der Erhöhung desselben behördliche Maßnahmen entgegen. Auch führte der Referent noch an, daß vor allem der Wöchnerinnenzuzug noch weiter ausgebaut werden müßte, sowie die Entbindungsgeldern auch von den Kassen getragen werden könnten, wenn einestheils die Zersplitterung unter den Krankentassen nicht eine so große sei und vor allem derartige Verbesserungen behördlicher Genehmigung unterlägen. Er schloß seine lehrreichen Ausführungen mit dem Hinweis, daß sich die Arbeiterschaft mehr mit den Versicherungsgelehrenden vertraut machen solle, um sich vor Nachteilen zu schützen. Sodann gab der Kollege Wolken den Kassenbericht für das Halbjahr Januar bis Juni bekannt; es betrug hiernach die Einnahme 22 318,27 Mk. und die Ausgabe 14 246,08 Mk. Als Karlsruher Gerichtsbeisitzer wurden gewählt: die Kollegin Bieweg, Kollegen Helbig und Krehlmar, als deren Stellvertreter Kollegin König, Kollegen Hellthal und Seibel, sowie als Verbandsvertreter bei den Verhandlungen die Kollegen Schulze und Herrmann. Da die bis jetzt innegehabten Büroräume auf weitere drei Jahre von dem neuen Wirt des Lokals unter denselben Bedingungen gemietet worden sind, bewilligen die Anwesenden auf Antrag der Verwaltung 150 Mk. zur Vervollständigung der Büroräumeneinrichtung. Des weitern berichtete Kollege Schulze über die Tätigkeit des seit fünf Monaten bestehenden paritätischen Arbeitsnachweises für das Hilfspersonal leider nicht in erfreulicher Weise, da eine große Anzahl Firmen denselben nicht benutzt, sondern durch Annoncen ihren Bedarf an Hilfspersonal nach wie vor deckt, er veröffentlichte eine ganze Reihe Firmen, die in letzter Zeit diesbezügliche Annoncen losgelassen haben, und forderte weiterhin auf,

etwaige noch vorkommende Verstöße sofort auf dem Bureau zu melden, damit das gesammelte Material der Prinzipalskommission unterbreitet werden kann; auch wäre es nötig, daß die Mitglieder in ihren Druckereien selbst darauf sehen, daß nur durch den Arbeitsnachweis offene Stellen besetzt würden, und wenn es selbst durch Vorkaufarbeiten bei der Geschäftsleitung geschehe. Im übrigen sei die Umgehung des Arbeitsnachweises seitens der Prinzipale als Tarifbruch anzusehen, den wir eventuell mit denselben Maßnahmen beantworten sollten. Um den Prinzipalen aber zu erkennen zu geben, daß wir für die Dauer diese Umgehungen nicht mehr durchgehen lassen, empfiehlt er die Annahme folgender Resolution: „Nach dem gehörten Bericht über den paritätischen Arbeitsnachweis ist festgestellt, daß eine Anzahl bedeutender Firmen den Punkt Arbeitsnachweis innerhalb unseres Tarifes für sich nicht als bindend betrachtet. Darum beschließt die am 7. September abgehaltene Mitgliederversammlung der Druckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Leipzigs jede künftige Umgehung des Arbeitsnachweises als Vertragsbruch zu behandeln und verpflichtet die Verbandsmitglieder, diesbezüglichen Anweisungen der Verwaltung Folge zu leisten. Für die getroffenen Maßnahmen tragen die Firmeninhaber die Verantwortung. Diese Resolution ist der Prinzipalskommission zu übermitteln.“ Dieselbe wurde nach kurzer Debatte einstimmig angenommen. Hierauf gibt Kollege Lahmann die Erklärung ab, daß er durch seine in der Februar-Generalversammlung gemachten Äußerungen, den Kassenbericht betreffend, den Kassierer nicht beleidigen wollte, sondern er nur die Form der Durchführung kritisiert habe, die nun auf Anregung des Hauptkassierers und der Revisoren eine andere der Größe der Zahlstelle entsprechende geworden sei. Nachdem Kollege Herrmann bekannt gegeben, daß am 5. Oktober der Rekrutenabschied im Albertgarten stattfindet, worüber noch Näheres im Wochenzettel bekannt gegeben wird, weiterhin, daß Kollege Schulze vom 1. Oktober d. J. ab einen fünfwochentlichen Gewerkschaftskursus in Berlin absolvieren und er für diese Zeit die Verbandsgeschäfte leiten wird, fand die annähernd gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Nürnberg. Eine am 8. September tagende kombinierte Schleifer-Versammlung der Zahlstellen Nürnberg und Fürth war leider nur mittelmäßig besucht, speziell die Kollegen der Nürnberger großen Kunstanstalten glänzten durch Abwesenheit. Nach vorgenommener Bureauwahl referierte Kollege Redding über: „Die gedrückten Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Schleifer, und was müssen wir tun, um unsere Löhne denen unserer Kollegen in anderen großen Druckstädten gleichzustellen.“ Redner führte aus, daß in den anderen Berufen die sogenannten Hilfsarbeiter es längst verstanden hätten, sich bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen. Er wies hin auf die Metall-, Holz- und Glasindustrie und vor allem auf das Baugeverbe. Es sei in diesen Berufen, speziell in letzterem, der Wechsel der Arbeitsstelle ein weit größerer, doch immer sei ein gewisser Minimallohn, unter dem die Arbeiter nicht anfangen, zu verzeichnen, während unsere Kollegen durch jahrelange Tätigkeit in ein und demselben Betriebe es höchstens auf 20 bis 21 Mk. bringen. Gehen sie dann in eine andere Anstalt, so müssen sie immer wieder mit 17 oder 18 Mk. anfangen. Daran sei lediglich nur die schwache Organisation schuld. Man müsse sich aber die Frage vorlegen, wie es denn komme, daß der Organisationsgedanke so wenig Platz gegriffen habe unter unseren Kollegen. Einestheils sei es ein gewisses Vorurteil gegen unsere weiblichen Mitglieder, das leider noch in den Köpfen einzelner spuke. Nun ist uns schon in früheren Versammlungen von unseren Schwägern versichert worden, daß beim Verband der Lithographen und Steinbrucker früher schon 50 Kollegen organisiert gewesen seien. Beim Ausschuß der Schleifer hätten wir dann nur 8 Mitglieder von beiden Städten zu verzeichnen gehabt, die zu uns übergetreten sind. Die übrigen sind verloren gegangen und hatten nun einen gewissen Groll gegen unsere Organisation, den dieselben leider auch auf unseren Verband übertragen haben. Hierunter habe die Zahlstelle sehr zu leiden gehabt. Die Entwicklung der Zahlstelle zeigt ja erfreulicherweise, daß die Zahl der männlichen Mitglieder sich immerwährend in aufsteigender Linie bewege. Am Abschluß des ersten Quartals bei Gründung der Zahlstelle seien 26 männliche Mitglieder zu verzeichnen gewesen, am Jahresabschluß 1905 65 männliche. Redner bepricht dann an der Hand der im Frühjahr des vorigen Jahres aufgenommenen Statistik die Löhne unserer Kollegen und zieht Vergleiche mit den Durchschnittslöhnen der Schleifer anderer Druckstädte. Wenn wir nun auch konstatieren können, daß die Löhne im letzten Jahre auch hier sich verbessert haben, so haben wir doch nicht gleichen Schritt gehalten mit der Verteuerung

aller Miets- und Lebensmittelpreise. Nachdem der Redner die abgeschlossenen Tarifverträge in Leipzig, Hannover, Hamburg und München bekannt gegeben, in denen auch für die Schleifer Mindestlöhne festgesetzt sind, kommt es zu dem Ergebnis, daß die Durchschnittslöhne der Nürnberger Schleifer um einige Mark geringer seien als in all den anderen Druckstädten. Selbst in der Domäne des Schwarzen und Gelben, in Augsburg, seien höhere Löhne zu verzeichnen. Auch hier die Verhältnisse besser zu gestalten, sei unsere nächste Aufgabe. Es könne dies nur geschehen durch fleißige Mitarbeit aller Mitglieder in der Agitation. Besonders die Aufklärung der Kolleginnen müssen sich die Schleifertallegen zur Pflicht machen. Nur vereinigt und durch gemeinsames Vorgehen sei es möglich, dem Unternehmertum mit Erfolg entgegenzutreten. Mit dem Wunsche, daß jeder einzelne zum Agitator werden möge und unablässig bemüht sei, der Organisation neue Streiter zuzuführen, schloß Redner sein fünfviertelstündiges Referat. Eine Diskussion wurde nicht beliebt, doch zeigte der reiche Beifall, daß alle mit dem Referat einverstanden waren. Möge die Versammlung gute Früchte zeitigen. Uns allen zum Ruh, dem Unternehmer zum Traß!

Nürnberg. In einer am 9. September abgehaltenen, sehr gut besuchten allgemeinen Versammlung aller in Buchdruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen referierte Kollege Reckling über das Thema: „Die Tarifgegner unter den Prinzipalen, und was müssen wir tun, um den Tarif zur Anerkennung zu bringen?“ Redner streifte kurz die Vorgeschichte des Abchlusses der allgemeinen Bestimmungen in Leipzig. Man habe auch hier bereits im März eine Vorlage eingereicht, jedoch von den Unternehmern die Antwort erhalten, daß es leider in Nürnberg nicht möglich sei, einen Tarif abzuschließen. In einer gemeinsamen Kommissions-Sitzung begründete dann Herr Direktor Klotz vom „Fränkischen Kurier“ den ablehnenden Standpunkt der Prinzipale. Hier in Nürnberg seien die Verhältnisse bereits gute, die Tarife seien nur für große Druckstädte nötig, und wenn jemand etwas leiste, so bekomme er immer mehr als die der Tarif vorschreibe. Man habe schon die Erfahrung gemacht mit den Gehilfen, dort müsse man auch so hohe Löhne zahlen, auch wenn der Einzelne den Lohn gar nicht verdiene. Die Nürnberger Prinzipale würden nicht mehr konfurrenzfähig sein. Ein gar beweglich Lied sang der Herr Klotz von der Not und den Sorgen der hiesigen Buchdruckereibesitzer, wie der Prinzipal genötigt sei, am Samstagabend erst den Lehrbuben ins Leibhaus zu schicken mit der goldenen Uhr, nur um den Leuten den Lohn zahlen zu können. In dieser Tonart ging es fort. Die erste Sitzung verlief nun resultatlos infolge der sozialpolitischen Rückständigkeit des Herrn Klotz. Eine spätere, von den Prinzipalen angeregte Sitzung, in der die Herren Dieb und Heydolph anwesend waren, kam nach langen Verhandlungen zu einem für beide Teile annehmbaren Tarifentwurf. Doch fand auch dieser keine Annahme in der Prinzipalsversammlung, weil er den Herren immer noch zu weitgehend war. Es scheint dann jedoch zu einem lebhaften Meinungsaustausch gekommen zu sein, denn es wurde eine neue Kommission gewählt, der Herr Klotz vorsteht; auch Herr Spandel, der Besitzer des „General-Anzeigers“, soll dieser Kommission angehören. Wenn man nun weiß, daß Herr Spandel Mitglied des neuen Scharmacherverbandes der Buchdruckereibesitzer ist, dessen Ziel die Bekämpfung der Tarifgemeinschaft ist, so kann man sich ja lebhaft vorstellen, welche Tätigkeit der Herr in der Kommission entfalten wird. Unsere Kommission blieb dann auch seit Juli ohne Nachricht, auch mußten die Herren ins Bad! Es schien den Herren nur darum zu tun zu sein, den Abschluß möglichst lange hinauszuschieben, und speziell die beiden Herren in der Kommission haben ein gewisses Interesse daran. Die Löhne in den beiden Betrieben sind mit die schlechtesten. Wenn man anerkennen müßte, daß in den meisten Druckereien schon seit 1. Juli die tarifmäßigen Löhne gezahlt würden, so sei man in den beiden Betrieben noch weit davon entfernt. Im „General-Anzeiger“ werden verheiratete Leute mit 17 und 18 Mk. entlohnt, für Ueberstunden wird nur der Stundenlohn und teilweise noch ein paar Pfennige weniger bezahlt, während die Geschäftsleitung des „Fränkischen Kuriers“ den Hilfsarbeitern zumutet, Ueberstunden gratis zu machen. So müssen beim Druck der Sonntagsummer die Hilfsarbeiter und Ausgeber bis 12 und 1 Uhr nachts arbeiten; nur Neueingestellten zählt man 1 Mk. für die Zeit und auch in jüngster Zeit 40 Pfg. pro Stunde. Auch die Eingelernten werden mit 10 und 11 Mk. abgeloht und sind darauf angewiesen, durch Ueberstunden und Regen und Rücken soviel zu verdienen, um leben zu können. Eigentümlich berührte es wohl, daß es ge-

rade die beiden Zeitungen seien, in deren Spalten man mit Vorliebe registrierte, wenn in irgend einem Kontumerein ein Lehramtskandidaten einen niedrigen Lohn erhalte. Redner empfahl der Versammlung, wenn man nicht in Hälbe zum Abschluß komme, die Kündigungen in allen Druckereien einzureichen, denn man habe lange genug Geduld gehabt. In der Diskussion wurde ausgeführt, daß die Mehrzahl der Prinzipale für einen Tarifabschluß zu haben sei und man als Gegner in der Hauptsache wohl nur die beiden Zeitungen habe. Gefordert wurde, daß die Kommission energischer vorgehe wie bisher. Zum Schluß gelangte folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die heute tagende Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und beauftragt die Kommission, nochmals bei dem Vorsitzenden des Prinzipalsvereins vorstellig zu werden. Sollte jedoch keine bindende Zusage gemacht werden, so wird die nächste Mitgliederversammlung weitgreifende Maßnahmen beschließen und empfehlen, betriebsweise für die Einführung des Tarifs mit allen gesetzlichen zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten.“

Stuttgart. Am Sonntag, den 1. September, feierte die Zahlstelle Stuttgart ihr 11. Stiftungsfest, verbunden mit Herbstfeier und Glückshafen. Dasselbe erfreute sich trotz des guten Wetters eines zahlreichen Besuches. Das gut ausgearbeitete Programm, bestehend aus guten Musik-, Gesangs- und humoristischen Vorträgen, sowie einem Theaterstück, widelte sich sehr rasch ab, und sei auch an dieser Stelle den Mitwirkenden für ihre aufopfernde Tätigkeit bestens gedankt. — Insbesondere gebührt unser Dank den wertigen Sängern der Liedertafel „Cassalia“, dem Salonhumoristen Herrn Erdger, sowie den Theaterspielern. Auch der Glückshafen erfreute sich eines guten Zupruches, wenn er auch naturgemäß nicht jedermann befriedigen konnte; denn das einen Freud ist des andern Leid. Den weniger vom Glück begünstigten möchte ich freundschaftlich raten, sich umso mehr der Hoffnung zu besleißigen, daß ihnen das nächste Mal die Gnadensonne der Göttin Fortuna umso wärmer leuchtet! Nach Schluß des Programms fand noch ein flotter Ball statt, der Jung und Alt bis zur Mitternachtsstunde beisammenhielt. Viel zu früh rückte die Abschiedsstunde heran, und jeder Festteilnehmer wanderte heimwärts in dem angenehmen Bewußtsein, einige schöne Stunden verlebt zu haben.

Briefkasten.

Wegen Stoffandrang mußten verschiedene Einwendungen für nächste Nummer zurückgestellt werden. — **F. N. Nürnberg.** Bravo, Kollegin! Dieser Bericht ist vorzüglich.

Literatur.

Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Von Friedrich Engels. Fünfte vervollständigte Auflage. Mit einem Vorwort von K. Kautsky. M. 1.— Agitationsausgabe M. 0.40. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Diese Arbeit, vielleicht die beste Engelsche, sind drei Kapitel aus dem „Anti-Dühring“, der vor nunmehr 30 Jahren zuerst veröffentlicht wurde. Jedenfalls ist sie eine der besten Propagandafchriften des Sozialismus, die auch heute noch, trotz der vielfach veränderten Verhältnisse, frisch und lebendig wirkt.

Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage: 1. A. Bebel. Die parlamentarische Tätigkeit des Deutschen Reichstages und der Landtage und die Sozialdemokratie von 1871—1874. Preis 60 Pf. Dem Bericht I werden die späteren folgen, um sie als wichtige Materialienammlung den Parteigenossen zugänglich zu machen. Genosse Bebel sagt in seinem Geleitwort: „Ein großer Teil der Parteigenossen macht den Fehler, daß er zu rasch bergibt; er ruft nach Material, das er tatsächlich längst in Händen hat, aber in der Hast der Arbeit vergaß oder nicht auszugraben versteht“. Indem diese früher erschienenen Schriften aufs neue und in dem gleichen Format wie die „Handbücher“ erscheinen, werden die Parteigenossen in die Lage gesetzt, eine brauchbare und ausnubare Uebersicht über die Taten und die Auffassung ihrer Reichstagsvertretung zu erhalten. Das zweite Heft wird den Bericht über die Tätigkeit für die Zeit 1874/76 enthalten; das dritte Heft bringt die Wahlaufsätze der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion der Jahre 1881, 1884 und 1887; Heft 4 berichtet über die Tätigkeit 1887 bis 1889 und endlich wird das fünfte Heft den Tätigkeitsbericht von 1890 bis 1893 enthalten. Die einzelnen Vierzehner werden so arrangiert, daß sie zu einem Bande vereinigt werden können.



Blut und Eisen

Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit von Hugo Schulz.

Das Werk ist in 50 Lieferungen à 20 Pfg. zu beziehen durch jede Buchhandlung und jeden Reiseverkäufer oder durch den Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69.

Nachruf.

Am 29. August starb unerwartet schnell infolge Operation unsere liebe Kollegin

Ruguste Sommer

im Alter von 34 Jahren.

Wir verkieren in ihr ein treues, fleißiges Mitglied und werden ihr ein stetes Andenken bewahren.

Zahlstelle Stuttgart.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Zahlstelle Leipzig.

Sonntag, den 5. Oktober 1907:

Rekruten-Abschied

im Saale des „Albert-Garten“, Leipzig-A., Zweinaundorferstraße bestehend in gefelligem Abend, verbunden mit Ball und sonstigen Ueberraschungen.

Einlaßkarten à 10 Pfg. sind bei allen Vertrauenspersonen, Beisitzern und im Bureau zu entnehmen. Anfang 8 Uhr. Ohne Karte kein Zutritt. Keine öffentliche Kasse. Anfang 8 Uhr.

Zu recht zahlreicher Beteiligung ladet ein

Das Komitee.

Beilage zur „Solidarität“

Nr. 19.

Berlin, den 21. September 1907.

13. Jahrgang.

Zum Antrage der Zahlstelle Nürnberg-Fürth: „Abhaltung einer süddeutschen Konferenz“.

Eine am 4. August d. J. stattgefundene Versammlung der Zahlstellen Nürnberg-Fürth hat den Beschluß gefaßt, mich als Bevollmächtigten zu beauftragen, an sämtliche Zahlstellen Süddeutschlands die Anfrage zu richten, wie sich die Kollegenchaft zur Abhaltung einer süddeutschen Konferenz vor dem im nächsten Jahre stattfindenden Verbandstage stellt.

Die Konferenz ist in folgendem Sinne gedacht:

1. Durch einheitlich gestellte Anträge zur Aenderung des Statuts die Verhandlungen des Verbandstages wesentlich zu vereinfachen und abzukürzen.

2. Mittel und Wege zu beraten, wie eine intensivere Beseitigung des Indifferentismus der süddeutschen Kollegenchaft möglich wird, und der sich immer mehr breit machenden Agitation der christlichen Gewerkschaften in einzelnen Orten entgegengetreten werden kann.

3. Der Tarifeinführung in denjenigen Zahlstellen die Wege zu ebnen, welche bis dahin noch nicht im Besitze von Tarifabschlüssen sind.

Ich bin nun diesem Beschlusse nachgekommen und habe in einem Rundschreiben vom 14. August laufenden Jahres an 18 für Süddeutschland in Betracht kommende Zahlstellen das Ersuchen gestellt, in ihren Verwaltungssitzungen, wie in den Mitgliederversammlungen zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen.

Wißt jetzt bin ich im Besitze von 12 Zuschriften aus folgenden Orten: Augsburg, Dornstadt, Frankfurt a. M., Freiburg i. Br., Fürth-Nürnberg, Karlsruhe, Kaufbeuren, Lahr i. Baden, Mainz, Mühlhausen, Straßburg und Stuttgart, welche sich mit der Sache befaßt und mit Ausnahme von Stuttgart einstimmig für die Abhaltung der süddeutschen Konferenz eintreten; auch München steht dem Antrage sympathisch gegenüber. Mainz betrachtet es als Selbstverständlichkeit, daß die Delegation Frankfurt mit übernimmt, ebenso wird es mit Heidelberg und Offenbach stehen, auch die Filiale Hanau a. M. dürfte ihre Vertretung dem Delegierten von Frankfurt übertragen. Es kommt also lediglich nur noch Ludwigshafen und Mannheim in Betracht, deren Stellungnahme mir noch unbekannt ist.

Da ich überzeugt bin, daß der Hauptvorstand die Tragung der Kosten nicht ohne weiteres übernehmen wird, so habe ich in meinem Rundschreiben auch diese Frage berührt, indem ich frug, ob bei Eintritt dieses Falles die einzelnen Zahlstellen die Delegationskosten übernehmen wollen.

Nur Freiburg, Mühlhausen, Straßburg und Stuttgart erklärten, die Kosten nicht selbst tragen zu können, alle übrigen Orte wollen sich aber an der Konferenz beteiligen, selbst wenn der Hauptvorstand die Kosten nicht bewilligt.

Jedenfalls ist diese Stellungnahme der einzelnen Zahlstellen ein Beweis, daß man die Abhaltung der Konferenz für bringen notwendig erachtet, im Gegensatz zu der Ansicht des Hauptvorstandes, der in seiner Sitzung vom 27. August diese Notwendigkeit nicht anerkennt und beschloffen hat, Mittel zu dieser Konferenz nicht zu bewilligen.

Die einzelnen Zahlstellen haben sich nun vorerst mit diesem Beschlusse abzufinden und es wird ihre Sache sein, nachdem nun die Majorität der für uns in Betracht kommenden Orte, trotz des Beschlusses des Hauptvorstandes für Abhaltung der Konferenz stimmten, dafür Sorge zu tragen, die Mittel für die Delegation eines Delegierten aufzubringen.

Damit wäre ja vorerst die Sache erledigt und den Zahlstellen selbst noch Gelegenheit geboten, in

unserer Presse ihre Meinung in dieser Frage kundzugeben. Ich für meine Person beschränke mich darauf, kurz klar zu legen, warum München mit dem Antrage Nürnberg-Fürth sympathisiert.

Uns schweben noch die Verhandlungen des letzten, 4 Tage dauernden Verbandstages klar vor Augen, wo die wichtigsten Anträge zur Statutenberatung am letzten Tage in einer Sitzung von morgens 8 bis nachts 12 Uhr in einem Tempo durchgepeitscht werden mußten, das in keinen Einklang mehr zu bringen war zu der Gründlichkeit, mit der sie von den Antragstellern in den Versammlungen behandelt worden waren. Seit Halle a. S. hat sich die Mitgliederzahl rapid vermehrt, die Delegiertenzahl wird auf dem vierten, nächsten Jahr stattfindenden Verbandstage in München dieserhalb eine bedeutend größere sein, und dürfte es wohl jedem einzelnen von uns klar sein, daß in reformirender Bedeutung dieser Verbandstag seine Vorgänger weit übertrifft wird.

Auf allen Gebieten unseres Verbandslebens wird es eine Umwälzung geben, von der Frage des Agitations-, Unterstützungs- und Tarifgemeinschaftswesens bis zur Behandlung eines eventuell abzuschließenden Gegenseitigkeitsvertrages mit unserem Bruderverein in Oesterreich. Fragen von der größten Tragweite, die eine eingehende Aussprache, und wenn diese im Interesse eines festeren Ausbaues unseres Verbandes erfolgen soll, auch eine größere Zeit in Anspruch nehmen, werden zu behandeln sein. Selbst wenn für die Tagung des Verbandstages in München zwei Tage mehr angelegt werden wie vor drei Jahren, so wird bei der Fülle von Material nur wenig Zeit bleiben, um die einzelnen Positionen mit der nötigen Gründlichkeit zu behandeln. Wenn dabei noch Fragen erörtert werden sollen, die nicht die Gesamtheit, sondern nur einen Teil derselben betreffen, wie die Frage der sich immer mehr breit machenden christlichen Agitation, die hauptsächlich nur für uns Süddeutsche eine Rolle spielt, so wird es wieder kommen wie in Halle, daß mit einem Hurra-tempo die wichtigsten Angelegenheiten erledigt werden müssen, was wir für nicht im Interesse des Verbandes liegend halten können. Wenn wir aber erreichen, daß die von den süddeutschen Zahlstellen gestellten verschiedenen Anträge durch die süddeutsche Konferenz eine einheitliche Fassung erhalten, und nicht ein jeder Delegierter die von seiner Zahlstelle gestellten Anträge auf dem Verbandstage zu vertreten braucht, sondern nur ein Nebener, der auf der Konferenz bestimmt wird, die zusammengezogenen Anträge vertritt, dann wird eine wesentliche Verkürzung der Tagung eintreten. Wenn durch diese Konferenz nur ein Tag der Verhandlungen des Verbandstages gespart wird, so sagen wir uns, ist es wichtig genug, daß diese stattfindet und sind die Kosten dann reichlich aufgewogen. Außerdem haben wir Süddeutsche dann aber noch Gelegenheit, gerade die nur uns, wie schon oben angedeutet, wichtigen Fragen zu behandeln, und dieses doch auch nur im Interesse unseres Verbandes.

Gewiß wird man sagen, mit demselben Recht wie wir können auch die nord-, ost- oder westdeutschen Zahlstellen eine Konferenz verlangen, und wir sind die letzten, die unserer Kollegenchaft dieses Recht beschneiden wollen, wenn die Notwendigkeit vorliegt, ein solches Verlangen zu stellen. Wir in München erleben in dem Antrage Nürnberg-Fürth nichts schädigendes, sondern auf Grund unserer eigenartig gelagerten Verhältnisse nur einen Vorteil für den Verband, und deshalb haben wir dafür gestimmt und werden, nachdem der Verbandsvorstand die Mittel für die Konferenz verweigerte, im Interesse des Verbandes die Opfer für die Delegation mit Freunden bestreiten.

München. Albert Schmidt.

Der bunte Rock.

Wenn diese Zeilen in den Zahlstellen Deutschlands eintreffen, rüsten sich eine Anzahl junger Verbandskollegen, ihr frisch-freies Leben und Wirken in unseren Kollegentreifen auf Jahre einzustellen und den Arbeitsmittel mit einem Drillcunze zu vertauschen. Mancher Kollege sieht mit Lust und hoffnungsvoller Freude diesem Wechsel entgegen, vor allem diejenigen, welche durch irgendwelche freundschaftliche Beziehungen in mancherlei Klubs, Sport- und patriotischen Turnvereinen ihre freien Stunden verbringen und den Ernst des Lebens noch nicht erlitten haben. Junge Männer, die ihren bisher an den Tag gelegten Patriotismus mal zur praktischen Betätigung bringen wollen und dem Viebe: „O welche Lust, Soldat zu sein“, noch einen wahren Kern beimessen. Diese Kollegen werden in der Mehrheit einsehen lernen, daß Theorie und Praxis zwei grundverschiedene Dinge sind.

Ganz anders die Kollegen, welche unfreiwillig sich der staatsbürgerlichen Pflicht fügen, ohne Rücksicht auf die angeeignete Gesinnung ihrem König den Fahneid leisten, „im Falle der Gefahr selbst auf Vater und Mutter zu schießen“. Sie müssen ihre freie Meinung verleugnen, das Deutschtum verherrlichen, eingetrichterte Lieber singen usw. Dies alles macht es unseren Verbandskollegen doppelt schwer, aus unserem Kreise zu scheiden.

Andererseits hoffen wir jedoch, auf unsere Mitglieder jodelt eingewirkt zu haben, daß sie das alles ohne Schaden überwinden. War doch schon mancher gezwungen, unter dem Druck der Verhältnisse seine Gesinnung zu verleugnen und hat gerade darum um so fester an der guten Sache mitgewirkt. Dies erwarten wir auch von Euch.

Gleichzeitig bereiten wir uns vor, unsere Kollegen zu empfangen, welche mit dem Reservestock ihrer heimatlichen Stätte zuzunern. Ihr, Kollegen, seid uns willkommen! War manches hat sich in Eurer Abwesenheit in unserem Verband abgespielt, möge dies auch für Euer weiteres Fortkommen sich nützlich erweisen und dafür sprechen, daß es vorwärts gegangen ist. Tretet ein in die alte Armee der Arbeit, als Freiwillige wollen wir Euch begrüßen. Kein Zwang, kein Drill und keine blinde Disziplin soll Euch zusammenführen. Nein, das Wort Solidarität soll uns verbinden, noch fester als zuvor.

Und wenn dem so ist, dann wohl, Rekruten, nehmt Euch die zurückgekehrten Verbandskollegen, welche die Lücken ausfüllen werden, zum Vorbild. Geht mit kühlem Pflichtbewußtsein an die neu aufgelegten Pflichten, legt Zeugnis ab von freier Disziplin, laßt Eure inneren Gefühle durch den Kasernenton nicht verleben. Erfüllt Eure schwere Pflicht, sammelt Erfahrung, dann kehrt zurück, gesund an Körper, gesund an Geist, zurück zu Euren kämpfenden Genossen und Genossinnen.

Korrespondenzen.

Erklärungen:

Augsburg. Die Zahlstelle Augsburg des Verbandes der Buch- und Steinbrucker-Gilfsarbeiter erklärt, den in Nummer 17 der „Solidarität“ unter Verantwortung des 2. Vorstehenden erschieneenen Bericht unter dem Ausdruck des Bedauerns über die darin enthaltenen unparthen und beleidigenden Aussetzungen gegen die Firma Fietl und deren Inhaberin zurückzunehmen mit dem Hinzufügen, daß sich nach objektiver Prüfung der Tatsachen nicht der geringste Anhalt dafür ergab, daß genannte Firma tarifwidrig handelte oder gegen Verbandsmitglieder ungerecht vorging.

Der Vorstand. J. A.: Joh. Schmid.

Die Unterzeichneten, welche in einer am 3. August a. c. stattgehabten Mitgliederversammlung die Firma Wihl, Ziel und deren Inhaberin rigorosen Verhaltens und Tarifwürdigkeiten beschuldigen, nehmen diese beleidigenden Äußerungen mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück und erklären öffentlich, daß sie sich vor schnell und ohne Grund zu diesem unbedachten Schritt haben hinreißen lassen.

Georg Förg, A. Wilbegger, Eberhard Rosenhardt.

Anmerk. der Redaktion: Wir veröffentlichen diese Erklärungen, um der beleidigten Firma die gewünschte Genugtuung zu gewähren, können aber nicht umhin, die Handlungsweise der Kollegen Förg und Wilbegger auf das Schärfste zu verurteilen. Es geht doch wirklich zu weit, Behauptungen in die Welt zu schleudern, damit die Organisation und die Presse auf die Beine zu bringen und hinterher, aus Angst vor dem Rabi die jämmerlichsten Erklärungen abzugeben. Die Einführung der Gegenseichnung von Berichten durch die Zahlstellenleiter hat den Zweck, Ausführungen, die nicht den Tatsachen entsprechen, zu verhindern. Scheinbar ist dies in Augsburg übersehen worden. Wir bitten dringend, in solch heißen Fragen die nötige Vorsicht nicht außer acht zu lassen.

Berlin III. Versammlung vom 10. September. Zunächst gab Kollege Ault einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes. Er teilte mit, daß im letzten Monat 13 Geschäftsversammlungen, 2 Vorstand- und 2 Vertrauensleuteversammlungen stattgefunden haben. Weiter müssen wir konstatieren, daß der Geist unter einigen Vertrauensleuten kein guter ist, sodas eine Sitzung wegen zu schlechten Besuchs ausfallen mußte; in der anderen fehlten 12 Vertrauensleute. Es ist umso bedauerlicher, so wenig Interesse bei unseren Vertrauensleuten zu finden, da dieselben doch alles daran setzen müssen, der Verwaltung tatkräftig zur Seite zu stehen und sie in der Agitation zur Werbung neuer Mitglieder sowie zum Versammlungsbesuch so viel wie möglich zu unterstützen, was aber niemals sein kann, wenn sie selbst nicht die Sitzungen besuchen. Des weiteren fand eine Sitzung unserer Verwaltung mit den Buchbindern und Steinrudern statt, mit dem Zweck, die Steinrunder sollen uns und die Buchbinder in der Agitation unterstützen, da uns ja von der Verwaltung wiederholt dieses Versprechen gegeben wurde, was auch diesmal geschah. Öffentlich bleibt es nicht nur beim Versprechen. Heute kann ja Kollege Ault gleich mitteilen, daß bei der Firma Bertinetti unser Kollege Schulz aufgehört hat und dort der Kollege Gesche anfang. Kollege Ault wollte über diesen Fall mit einem Steinrunder sprechen; es wurde ihm aber bedeutet, daß der Betreffende nichts mit ihm zu tun habe. Bei der Firma Selmar Meyer sind die Differenzen zu unserem Gunsten erledigt, unsere Kollegen haben die Lohnzulage erhalten und Herr Erters hat die Äußerungen, welche er gegen Kollegen Ault teils brieflich, teils mündlich gemacht, zurückgenommen. Asbann hielt der Genosse Stürmer einen Vortrag über „Der Kampf ums Recht“. Redner schilderte in klaren Worten, wie die Proletarier gealungen sind, sich ihre Rechte, welche ihnen von Natur gegeben, leider aber durch die Klasseneinteilung der heutigen Gesellschaft wieder genommen sind, zu erobern. Er führte an Beispielen den Anwesenenden vor Augen, wie sie noch nicht einmal wie die Tiere schlafen und essen können, wann und wieviel sie wollen, sondern sich in erster Linie nach der Zeit und ihrem Gelde, über welches sie verfügen, richten müssen, während die „Oberen“, für die nur der Proletarier arbeitet, im Ueberfluß leben. Des weiteren bespricht Redner eingehend unsere Schule, welche zum größten Teil unter dem Einfluß der Waffen steht, welche alles daran setzen, das Volk in der frühesten Jugend schon zu verblenden, während der Jugend der Begüterten alles Erdenkliche zur Entwicklung ihrer Kenntnisse zur Verfügung steht. Deshalb muß es Pflicht eines jeden Arbeiters und jeder Arbeiterin sein, durch spätere weitere Ausbildung ihr Wissen zu vermehren und es unter den Freunden und Bekannten zu betätigen. Vor allem gehöre dazu die Zugehörigkeit zur Organisation, fleißiger Versammlungsbesuch und das Lesen von Arbeiterblättern. Denn nur dadurch, daß die Arbeiter zum größten Teil zu betriebslos sind und sich gegen jede Aufklärung verschließen, haben die Unternehmer Macht über dieselben, die mit demselben Augenblick vorbei ist, wenn der größte Teil der Arbeiterklasse zu zielbewußten Kämpfern erzogen ist. Es muß unsere höchste Pflicht als Arbeiter sein, für unsere Organisation immer mehr Mitglieder und Kämpfer zu werben. Mit der Aufforderung an unsere

Kollegen und Kolleginnen, seine Worte zu beherzigen, schloß der Referent seinen mit stürmischem Beifall aufgenommenen Vortrag. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Kose und Weber, sowie die Kollegin Kitzling, welche im Sinne des Referenten sprachen. Unter Verschiedenem fragte Kollege Kose an, wie es käme, daß einem Kollegen nach 13 Wochen noch gestattet würde nachzugehen, während ein anderer nach 10 Woche gestrichen war. Kollege Ault teilte mit, daß der Betreffende nicht 10 Wochen, sondern 1 Jahr und 10 Wochen rückständig war. Zum Schluß rügte Kollege Ault noch das Verhalten einiger Kollegen und stellte es den Anwesenden anheim, daß wir alles daran zu setzen haben, die Achtung unserer Berufs Kollegen und der Unternehmer zu erwerben. Dann erfolgte um 10 Uhr Schluß der Versammlung.

Cassel. Versammlung vom 3. September. Der Vorsitzende eröffnete um 1/9 Uhr die ziemlich gut besuchte Versammlung und teilte mit, daß die hiesigen Buchbinder am 15. September in den Streik treten. Er ermahnte die Mitglieder, feinerlei Streifarbeit zu verrichten, sondern auf Grund des § 2 Abs. 6 unseres Tarifes dieselbe zu verweigern; um dadurch den Buchbindern gegenüber strengste Solidarität zu üben. Die in der letzten Woche aufgenommene Statistik über die Einführung des Tarifes in den hiesigen Druckereien wurde in 28 Druckereiversammlungen festgestellt. Die dabei zutage getretenen Mängel wurden zusammengestellt und dem Schiedsgericht zur Erledigung überwiesen, welches in allen Fällen zu unseren Gunsten entschieden hat. Betreffs der Unterdrückung zweier Druckereifassiererinnen haben sich diese bereit erklärt, die Summe in 3 Raten zurückzahlen, andernfalls die Sache der Staatsanwaltschaft übergeben wird, womit sich die Versammlung einverstanden erklärte. Unsere Wintervergünstigen finden statt: am 28. Dezember Weihnachtstfeier im Vereinslokal und am 29. Februar Maskenball auf dem Finkenberd, wobei zu bemerken ist, daß sich letzterer im vergangenen Jahre ausgezeichnet bewährt hat. Einen guten Erfolg haben unsere seit langer Zeit erfolgten Bestrebungen, die Kolleginnen der Steinruderei Wenderoth zu organisieren, eheab, jedoch nun die letzte Druckerei hier am Orte ebenfalls für den Verband gewonnen wurde. Die anwesenden Kolleginnen wurden vom Vorsitzenden bei der Aufnahme ermahnt, treu und fest zum Verbands zu halten und alle Zeit tüchtige Mitglieder zu sein, wozu notwendig ist, regelmäßig die Versammlungen zu besuchen. Der nun folgende Punkt zeitigte eine äußerst heftige Debatte. Unser seitheriger Schriftführer Grimm hat seinen Posten in keiner Weise bisher ausgefüllt und war dies die Ursache, weshalb in der „Solidarität“ kein Bericht mehr erschien. Ferner kam in Frage, daß dieser nunmehr als Streiber entlarvte Buchkollege im Trieben unter den Mitgliedern operierte und auch als Druckereifassierer und Vertrauensperson der Firma Schlemming alles verlorren wäre, hätte uns die Druckerei vollständig verloren wäre, hätte man nicht mit eisernem Wesen dazwischen gefahren. Durch Eingreifen unseres Vorsitzenden wurde nun auch dort der Tarif schriftlich anerkannt und werden die Kolleginnen zum tariflichen Lohn bezahlt. Kollege Knap schloß dem Vorstande die Schuld zu, daß man Grimm in unserer Mitte aufgenommen habe burste nicht geschehen, andere Kollegen seien vertrauenswürdig gewesen als dieser, worüber sich jene verlegt gefühlt hätten. Der Vorsitzende erwiderte, daß den Vorstand keine Schuld treffen könne, hätten doch die dortigen Mitglieder Grimm seinerzeit nach Beendigung des Streiks mitgebracht und gebeten, denselben ihnen als Schutz zur Seite zu stellen gegenüber den Maschinenisten und Schlämmermeistern. Allerdings wissen wir heute, daß Grimm eine Doppelrolle spielte, das ging daraus hervor, daß er nunmehr in Abwesenheit des Obermeisters die freiwillige Aufsicht führte und diesem dann mitteilte, was diese oder jene Kollegin während seiner Abwesenheit getrieben habe. Man solle über einen derartigen Charakter nur ruhig zur Tagesordnung übergehen, denn wir könnten auf dessen Hilfe verzichten. An dessen Stelle wurde Kollege Leibring einstimmig gewählt. Als Beisitzerin an Stelle der Kollegin Schaumburg, welche ebenfalls ihres Postens enthoben wurde, ist Kollegin Christensen gewählt. Zu Beisitzern beim Schiedsgericht wurden Kollege Knap und Kollegin Bürgel gewählt. Der letzte Punkt der Tagesordnung beschäftigte sich mit einem Antwortschreiben der Vereinigung Kasseler Druckereibesitzer auf unsere Eingabe hin, worin uns mitgeteilt wird, daß dem Vorstande als solchen das Recht genommen sei, Kollektivlagen beim Schiedsgericht wegen Nichterhaltung des Tarifes einzubringen, sondern dies von jedem Be-

teiligten selbst geschehen müsse. Die Versammlung protestierte in ganz entschiedener Weise gegen eine derartige Annahme, dem Vorstande das Recht zu nehmen, eine Kontrolle über die Einhaltung des Tarifes auszuführen. Wenn den Prinzipalen dieser Coup gelänge, so wären wir überhaupt lahmgelegt, denn schon die natürliche Scheu unserer Kolleginnen ließ es in den meisten Fällen nicht zu, den Prinzipal zu verklagen. Nach wie vor werden wir strenge Wacht halten über die Aufrechterhaltung jeder einzelnen Position unseres Tarifes, denn was wir uns bis jetzt jahrelang schwer erkämpft haben, lassen wir uns nicht nehmen. Unsere Mitglieder aber fordern wir auch hier wieder auf, keinen Schritt zurückzuweichen und vom Prinzipal jeden Feinzug zu verlangen, der Euch dem Tarife nach zukommt. Will man Euch dieses Recht schmälern, nun gut, so kommt nur ruhig zu der Stelle, wo Ihr eurer Eurer Beschwerden anbrachtet und wir werden Euch nach wie vor treu zur Seite stehen, um diesen Tarifverächtern zu zeigen, wo Bartel den Most holt. Durch den Arbeitsnachweis wurden 4 Stellen besetzt, krank sind 4 Mitglieder, arbeitslos 2 Mitglieder. Ein weiteres Schreiben der Prinzipale, worin uns diese mitteilen, daß zur Mitaufsicht über den Arbeitsnachweis der Prinzipal Landhiesel bestimmt ist, wurde zur Kenntnis genommen mit dem Bemerkten, daß, wenn die Prinzipale von diesem ihrem Rechte Gebrauch machen, wir nun unererweis auch die Hälfte der Kosten von diesen verlangen werden. Zum Schluß forderte der Vorsitzende noch alle Kollegen und Kolleginnen auf, unserem neugegründeten Gesangschor „Graphia“ beizutreten, um dadurch ebenfalls den Zusammenhalt und die Kollegialität in unserer Zahlstelle zu fördern.

Gemnis. Öffentliche Versammlung vom 5. September. Dieselbe war gut besucht. Kollegin Thiede schilderte in einständigem Referat die Entstehung und die Notwendigkeit unserer Organisation. Zugleich wies sie auch auf die Erfolge hin, welche die Kollegen in anderen Städten erzielt haben. Der reiche Beifall bewies, daß die Referentin es verstanden hatte, den Anwesenden aus dem Herzen zu sprechen. Bei der darauffolgenden Diskussion erklärte ein anwesender Maschinenmeister, daß sie den Hilfsarbeitern bei Druckereiversammlungen stets hilfsreich zur Seite stehen werden. Punkt 11 Uhr wurde die Versammlung geschlossen mit der Aufforderung: Kollegen und Kolleginnen, haltet fest zu Eurer Organisation!

Dresden. Im großen Saale des Volkshauses fand am 27. August eine öffentliche Versammlung statt. Gewerkschaftssekretär Genosse Wilhelm Bud referiert in recht anschaulicher Weise über das Thema: Was müssen die Arbeiter und Arbeiterinnen von den Versicherungsgesetzen wissen? Er demonstrierte an der Hand zahlreicher Beispiele die wichtigsten Bestimmungen des Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherungsgesetzes. Besonders beurteilte er die Zersplitterungen in dem Versicherungswesen und tritt für eine Zentralfrankenliste ein, da er meint, daß die verschiedenen Organisationen (Gemeinde-Frankenversicherung, Orts-, Betriebs-, Innungs-, Knappschäfts- und freie Hilfsklassen insgesamt 25 000 derartige Klassen haben wie in Deutschland), eine Gefahr für die Versicherten sind. Unsere Pflicht muß es sein, alle Mittel und Wege zu benutzen, um eine Zentralisierung zustande zu bringen. Reicher Beifall belohnte den Referenten für seinen Vortrag. Kollege Krumpfert gab den Halbjahrsbericht. Derselbe ergab: Einnahme 9760,70 M., Ausgabe 7627,60 M., Saldo am 30. Juni 1907: 1133,10 M. Die Mitgliederzahl war am Schluß des 4. Quartals 1906: 677, neueingetreten sind in diesem Halbjahre 259 Mitglieder, ausgetreten 152, ausgeschloffen 87, abgereist, vorläufig abgemeldet usw. 118, Summa 327. Somit hatten wir am Schluß des 2. Quartals 1907 247 männliche und 427 weibliche, insgesamt 674 Mitglieder zu verzeichnen. Arbeitslos waren 131 Mitglieder mit 1785 Tagen; die Höhe der Tage hat ihren Grund in der letzten Lohnbewegung. Krank waren 145 Mitglieder mit 2887 Tagen. Der Bericht des Arbeitsnachweises wird in einer späteren Versammlung bekannt gegeben, wo auch Stellung dazu genommen wird. Auf Antrag der Kollegin Schöne wird darauf dem Kassierer Decharge erteilt. Kollege Hermann rügt den schwachen Besuch der Versammlung und weist auf die moralische Pflicht hin, daß jeder Kollege und jede Kollegin die Versammlung und Druckereibesprechungen zu besuchen hat, damit nicht wieder eine Versammlung ein solch beschämendes Bild zeitige wie diese, wo gerade 50 Personen da waren. Weiter weist er noch auf die Partie am 8. September hin und bittet um recht zahlreiche Beteiligung. Hiermit schloß die Versammlung. W. B.